

"In Sachen Interessenvertretung brauchen wir keine Belehrung"

Von unserem Redaktionsmitglied Konstantin Groß

Bürgerversammlung zum Thema, 10. Mai, 19 Uhr, "Seeblick".

"Rheinau-Süd, von Mannheim vergessen" lautete der Text eines selbst gefertigten Schildes, das Unbekannte vor einigen Tagen am Ortseingang von Rheinau-Süd platziert hatten. Im südlichsten Ortsteil Mannheims brodelt es: Die Schule wurde nicht "neue" Werkrealschule, das alte Schulhaus wird aufgegeben, das evangelische Gemeindehaus wird folgen. Wir sprachen mit Wolfgang Lehmpfuhl, dem Chef der BASF-Siedlergemeinschaft Rheinau-Süd.



Herr Lehmpfuhl, in Rheinau-Süd ist eine schleichende Erosion der Infrastruktur zu beobachten. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Wolfgang Lehmpfuhl: Das ist natürlich bedauerlich, weil dies immer auch den Verlust von Identität bedeutet. Aus diesem Grund engagieren wir uns ja für den Erhalt oder gar Stärkung dieser Einrichtungen.



In punkto alter Schule kam aber Kritik auf, die Siedlergemeinschaft habe sich nicht oder erst zu spät für den Erhalt engagiert?

Lehmpfuhl: Diese Kritik ist nicht gerechtfertigt. Sobald wir Kenntnis erhielten, dass die Schule das Gebäude aufgeben werde, wurden wir aktiv. Das erste Gespräch mit der Stadt

hatten wir am 9. Januar 2009. In dem Gespräch wurde von uns eine Nutzung durch mehrere örtliche Vereine vorgeschlagen, die an dem Gespräch auch beteiligt waren.

Warum kam es dann nicht dazu?

Lehmpfuhl: Alle Nutzungskonzepte, auch die der ZIRS, hatten in den Augen der Stadt den Nachteil, dass sie das Gebäude weiterhin erhalten und möglicherweise erst noch instandsetzen müsste. Auf der anderen Seite bietet ihr der Verkauf des Geländes dringend benötigte Einnahmen.

Als Siedlergemeinschaft haben Sie dem Verkauf zugestimmt.

Lehmpfuhl: Was sollten wir tun? Die Stadt ist Eigentümerin des Geländes. Nachdem klar war, dass das Gebäude nicht unter Denkmalschutz steht, bestand kein rechtlicher Hinderungsgrund gegen einen Abriss. Aus dem kommunalpolitischen Bereich war Widerstand gegen den Abriss nicht zu erwarten; der Bezirksbeirat war ja für das Konzept. Da kam es für uns darauf an, zu erreichen, dass die künftige Bebauung der bisherigen Struktur angepasst wird und dass der Verkaufserlös in Rheinau bleibt, also für die Sanierung des Rathauses verwendet wird, so dass der Bürgerdienst in Rheinau bleiben kann und nicht nach Neckarau muss.

In Rheinau-Süd hört man jedoch: Was interessiert uns Rheinau?

Lehmpfuhl: Dieses Argument kann ich nun gar nicht nachvollziehen. In der Diskussion um die Änderung der Bestattungsgrenzen vor 20 Jahren, als geplant war, Verstorbene aus Rheinau-Süd in Neckarau zu beerdigen, da haben wir argumentiert, Rheinau-Süd gehöre zur Rheinau. Das war damals so richtig wie heute.

Manche Rheinau-Südler sagen: Ob wir zum Bürgerdienst nach Kern-Rheinau oder Neckarau fahren, kommt aufs Selbe raus.

Lehmpfuhl: Auch diese Argumentation geht an der Sache völlig vorbei. Meiner Ansicht nach gehört zu einem Stadtteil mit rund 30 000 Einwohnern einfach eine eigene Vorort-Verwaltung. Man kann nicht den Verlust von Infrastruktur in Rheinau-Süd beklagen und ihm im Gesamt-Stadtteil tatenlos zusehen.

Der nächste Verlust an Infrastruktur ist in Sicht: der Verlust des evangelischen Gemeindehauses, dessen Grundstück die Gesamtkirchengemeinde verkaufen will.

Lehmpfuhl: Auch das lehnen wir natürlich ab. Wir haben in vielen Gesprächen dafür plädiert, das Gebäude der Stadt zu übertragen, die es dann für bürgerschaftliche Nutzungen vermieten könnte. Doch weder die Stadt noch die evangelische Kirchengemeinde ziehen richtig mit: Die Stadt scheut die Übernahme eines Gebäudes, und die Gesamtkirchengemeinde will den Verkauf des Gemeindehauses und den multifunktionalen Umbau der Martins-kirche. Was sollen wir dagegen tun?

Ist die Entstehung von Gruppen wie der Bürgerinitiative Rheinau-Süd und der Zukunftsinitiative Rheinau-Süd (ZIRS) nicht ein Zeichen der Unzufriedenheit mancher mit der Interessenvertretung durch die Siedlergemeinschaft?

Lehmpfuhl: Es ist sicher so, dass manche Bürger an uns Erwartungen hegen, die wir nicht erfüllen können. Wir sind keine kommunalpolitische Interessenvertretung, sondern satzungsmäßig für die möglichst optimalen Lebens- und Wohnbedingungen unserer Mitglieder zuständig. Wo diese negativ tangiert werden, engagieren wir uns auch. Ich nenne nur unseren jahrelangen Kampf gegen das Zementmahlwerk. In Sachen Interessenvertretung für Rheinau-Süd haben wir keinerlei Nachhol- oder Belehrungsbedarf.

Mannheimer Morgen
20. April 2011